

Streikkonferenz: Erfolgsprojekt geht in die nächste Runde



Seit ihrem Start 2013 in Stuttgart hat sich die Streikkonferenz zu der wohl größten

„linksgewerkschaftlichen“ Konferenz seit Jahrzehnten entwickelt – mit über 600 Teilnehmenden bei den Folgekonferenzen in Hannover und

Frankfurt. Nun steht vom 15. bis 17. Februar 2019 in Braunschweig die 4. Konferenz dieser Reihe an. Ausgerichtet wird sie erneut von der [Rosa-Luxemburg-Stiftung](#) zusammen mit Gliederungen lokaler Gewerkschaften. An der Zunahme dieser Mitveranstalter lässt sich die wachsende Bedeutung der Konferenzen ablesen: war es 2013 nur ver.di Stuttgart, sind in Braunschweig neben dem ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen auch die Verwaltungsstellen Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter-Peine der IG Metall dabei sowie NGG, GEW und der DGB aus der Region.

Zu den Erfolgsrezepten der Konferenzen gehört, dass sie nicht ideologisch-programmatische Fragen zum Ausgangspunkt nimmt, sondern die Herausforderungen der tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit und das breit geteilte Bedürfnis einer Erneuerung der Gewerkschaften. Dadurch kann sie Anschlussfähigkeit über die klassischen linksgewerkschaftlichen Milieus hinaus erreichen sowie eine gewerkschafts- und generationenübergreifende Ausstrahlung entfalten.

Im Zentrum der Konferenz steht immer der Austausch über die

eigenen Erfahrungen in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, Streiks und Kämpfen und der Versuch ihrer Verallgemeinerung. Diesmal wollen wir uns in über zwanzig Arbeitsgruppen mit Streiks von Halberg Guss über die Krankenhäuser bis Ryanair beschäftigen, aber auch über Strategien gegen Union-Busting, die Perspektiven von Arbeitszeitverkürzung und die Möglichkeiten eines gewerkschaftlichen Aufbruchs in Ostdeutschland sprechen. Die Konferenz hat für viele Teilnehmende einen ganz konkreten Mehrwert: Sie vermittelt praxisbezogenes Wissen und bietet die Möglichkeit zur Vernetzung, um damit in künftigen Auseinandersetzungen stärker zu werden. Ein wichtiges Thema der Konferenz wird der gewerkschaftliche Widerstand gegen den zunehmenden Rechtspopulismus sein. Hierzu referiert Klaus Dörre im Konferenz-Plenum und es wird eine AG zur Vertiefung angeboten. Ende November wurde das Gesamtprogramm veröffentlicht. Wir laden alle Interessierte herzlich ein, an der Konferenz teilzunehmen und uns bei der Bewerbung mit Flyern, Plakaten, Mailinglisten und der Ansprache von KollegInnen zu unterstützen.

[Mehr Informationen und Anmeldung zur Streikkonferenz](#)

Konferenz: Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis

27. April 2018, 10:00 – 19:30 Uhr



Gemeinsam Druck machen für höhere Löhne, Tarifbindung und Arbeitszeit-verkürzung. Gewerkschaftspolitische Herausforderungen unter der 3. Großen Koalition.

VERANSTALTER:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

VERANSTALTUNGSORT:

Münzenbergsaal 1 | Franz-Mehrings-Platz 1 | 10243 Berlin

[Anmeldung zur Konferenz](#)

Es wird Zeit für einen gesellschaftlichen Aufbruch für «gute Arbeit für alle.» Prekäre Arbeit ohne Tarifvertrag, Niedriglöhne, «Teilzeit-Falle», Arbeitsverdichtung und Dauerstress sind für Millionen Beschäftigte zur Normalität geworden. Von der Großen Koalition sind hier höchstens kleine Korrekturen statt grundlegender Weichenstellungen zu erwarten.

Wie können wir in einer veränderten politischen Lage dem Kampf um «gute Arbeit für alle» Schwung verleihen?

Es braucht gemeinsame Anstrengungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbsloseninitiativen, und anderen interessierten Gruppen. Deshalb lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. April 2018 Aktive aus Betrieben und Gewerkschaften, Parteien und Bewegungsinitiativen, kritische ArbeitsforscherInnen und alle Interessierten zu einer Konferenz ein, um über gemeinsame Perspektiven im Kampf gegen prekäre Arbeit und Dauerstress, für die Stärkung der Tarifbindung sowie eine neue Arbeitszeitinitiative zu diskutieren.

Mit dem Neuen Normalarbeitsverhältnis für existenzsichernde und gut entlohnte, selbstbestimmtere Arbeit und eine planbare

Zukunft hat die Partei DIE LINKE einen Vorschlag eingebracht, der umfassende Solidarität in einer immer mehr gespaltenen Arbeitswelt stärken soll. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis muss für alle, Männer wie Frauen, MigrantInnen und Einheimische gelten. Im Mittelpunkt stehen: Konzepte für sichere und unbefristete statt prekäre Arbeit, für eine Stärkung der Tarifbindung sowie eine neue Arbeitszeitpolitik statt Dauerstress. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis soll unterschiedliche Lebensphasen absichern und selbstbestimmtere Arbeitszeiten ermöglichen: Die Arbeit sollte um das Leben kreisen statt das Leben um die Arbeit. «Arbeitszeitverkürzung» steht aktuell wieder auf der gesellschaftspolitischen Agenda. Die IG Metall geht wichtige Schritte, wenn sie in der laufenden Tarifrunde eine temporäre Verkürzung auf 28 Stunden fordert. Die auch von verschiedenen Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft diskutierte Idee einer «kurze Vollzeit für alle» zielt darauf, Arbeit gerecht zu verteilen.

Die politische Initiative für ein Neue Normalarbeitsverhältnis zielt darauf Kräfte zu bündeln für einen gesellschaftlichen Aufbruch für gute Arbeit, für Demokratie in der Wirtschaft und für ein neues sozial-ökologisches Wohlstandsmodell: for the many, not the few.

Programm: [Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis](#)

Ergebnisse

der

Aktionskonferenz vom 15. und 16. April 2016

Aktionskonferenz „DAS MUSS DRIN SEIN“

vom 15. und 16. April 2016 in Berlin GLS-Campus

Hier ein Überblick der Themen der letzten Gewerkschaftspolitischen Konferenz:

- Gute Arbeit und ein gutes Leben für alle
- Wo stehen wir nach einem Jahr Kampagne, wohin wollen wir?
- Lokale Strukturen entwickeln – Erfolgreich Mitglieder mobilisieren und einbinden
- Der Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge – Lokale Erfahrungen und Handlungsspielräume

- Politik (um)gestalten – Kreative Aktionen im öffentlichen Raum
- Unsere Kampagne richtig kommunizieren – Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Traumjob Wissenschaft? Prekäre Beschäftigung an Hochschulen eindämmen
- Jung, prekär, perspektivlos? – Ansätze zur Aktivierung Auszubildender und junger Beschäftigter
- Aktiv für mehr Personal und eine gute Gesundheitsversorgung für alle
- Betroffen? Mobilisieren! – Ideen zur Organisierung von Erwerbslosen und zur Arbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen
- Lokale Mietenkampagnen planen – Welchen Beitrag können wir als Partei leisten?

Die Ergebnisse der oben genannten Themen wurden als

Dokumentation in einem PDF-Dokument zusammengefasst und steht jetzt hier zum Download bereit.

Solidarität ist allerorten möglich!

Wir unterstützen die Beschäftigten im Einzelhandel

Die AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN verurteilt die Kündigung der Tarifverträge im Einzelhandel als eine Kampfansage auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Die Arbeitgeber des Einzelhandels haben bundesweit für die rund 3 Millionen Beschäftigten im Handel (davon 2/3 Frauen) alle Entgelt- und auch alle Manteltarifverträge gekündigt.

Gegenüber der Presse haben die Unternehmervertreter angeführt, sie wollten die Tarifverträge „modernisieren“ und „alte Tarifzöpfe abschneiden“. Aus ihrer Sicht sind die tariflichen Schutzbestimmungen gegen Lohndumping und für existenzsichernde Beschäftigung „unmodern“. Für die Beschäftigten hingegen sind sie eine wesentliche und notwendige Sicherung ihrer Einkommensgrundlage. Die Kündigung der Manteltarifverträge ist die Fortsetzung des Konfrontationskurses des Kapitals in diesem Bereich. Bereits Ende letzten Jahres hatte der tarifpolitische Ausschuss des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) seine weitere Mitarbeit an einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geförderten Demographie- und Tarifprojektes abgesagt, welches die altersgerechte Gestaltung der Arbeit im Einzelhandel zum Ziel hatte. Darüber hinaus verweigert der Unternehmerverband seit langem die Einführung eines Branchenmindestlohns.

DIE LINKE unterstützt in der aktuellen Tarifauseinandersetzung die Forderungen der Gewerkschaft ver.di nach einer Wiederherstellung der Manteltarifverträge sowie nach Lohnerhöhungen, die über das hinausgehen, was in den vergangenen Wochen in den großen Tarifbereichen abgeschlossen wurde. Die Beschäftigten im Einzelhandel benötigen kräftige Lohnerhöhungen.

Die AG Betrieb & Gewerkschaft ruft alle Gliederungen der Partei DIE LINKE auf, vor Ort als LINKE und in Koordination mit ver.di aktiv Solidaritätsaktionen zu initiieren oder zu unterstützen. Einzelhandelsgeschäfte und Einkaufszentren gibt es überall in der Republik! Für die Beschäftigten und ihre Angehörigen gibt es in der Tarifrunde viel zu verlieren: Die Arbeitsbedingungen im Handel sind jetzt schon geprägt von Teilzeitstellen, insbesondere für Frauen, niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten und der Sechs-Tage-Woche. Im knallharten Verdrängungswettbewerb der Branche sind Löhne und Arbeitsbedingungen zunehmend zu Wettbewerbsfaktoren geworden – zu Lasten der überwiegend weiblichen Beschäftigten.

Eine Zuspitzung hat die aktuelle Auseinandersetzung dadurch erfahren, dass mit dem KARSTADT-Konzern ein Branchenriese den Tarifvertrag ausgesetzt hat. Auch hier rufen wir alle Gliederungen der LINKEN auf, sich vor Ort mit den KARSTADT-Betriebsräten in Verbindung zu setzen und Unterstützung der LINKEN anzubieten.

Die Aktionen können bunt und vielfältig sein. Wir müssen sie nur beginnen.